



DOUG MILLS / AP

US-Präsident Bush, Grundschüler in Michigan: Anhaltender Kulturkampf

USA

Rasse statt Klasse

Ein Bonus-System bevorzugt Schwarze bei der Aufnahme an Universitäten. Der Streit darüber entzweit die Bush-Regierung.

Ganz selten nur lässt Condoleezza Rice in der Öffentlichkeit eine Bemerkung über ihre Hautfarbe und ihre Kindheit im tiefen amerikanischen Süden fallen. Sie wuchs, geboren 1954, in Birmingham, Bundesstaat Alabama, auf, als der Ku-Klux-Klan noch eine Macht war und Rassentrennung Gesetz. Ihre Eltern hielten Bildung hoch, und die Bürgerrechtsbewegung fegte nach und nach die Hindernisse beiseite, die schwarzen Kindern wie ihr den sozialen Aufstieg verbaut hatten.

Auch der erheblich ältere Colin Powell, geboren 1937 in New York, verbietet sich Anspielungen auf frühes Leid im segregierten Land. Als Sohn jamaikanischer Einwanderer erfüllte sich für ihn dennoch der amerikanische Traum, wonach jeder nach Maßgabe seiner Fähigkeiten fast alles erreichen kann.

Die erste schwarze Nationale Sicherheitsberaterin und der erste schwarze Außenminister in der Geschichte der Vereinigten Staaten sind Muster an Disziplin und Loyalität. Deshalb herrschte vergangene Woche Aufregung in Washington, als beide in aller Öffentlichkeit ihrem Präsidenten widersprachen. Dabei ging es beileibe nicht um den Krieg gegen den Irak, sondern um ein anderes Thema, das in Amerika ebenfalls starke Emotionen auslöst und ideologisch aufgeladen ist: die „affirmative action“.

Gemeint ist beim derzeitigen Streit die systematische Bevorzugung begabter schwarzer Jugendlicher bei der Aufnahme an staatlichen Universitäten. Auf Grund ihrer Hautfarbe erhalten sie, innerhalb eines zumeist ausufernd komplizierten Punktesystems, einen Bonus. Das Bewertungsschema an der University of Michigan ist jetzt zum nationalen Konfliktfall geworden, über den der Oberste Gerichtshof in Washington sein Präzedenzurteil fällen wird. In Wahrheit aber geht es um mehr: Die USA verhandeln über den Stand der Dinge zwischen Schwarz und Weiß.

Präsident Bush ist gewiss kein verkappter Rassist. Dennoch nahm er in einem Schreiben ans Oberste Gericht zum Fall Stellung. Dazu ist er befugt, weil die Bundesregierung die Uni Michigan alimentiert.

Der Präsident wirft der Hochschule vor, ihr Prämiensystem stelle eine verhüllte Rassenquote dar, was ungesetzlich wäre. Aber er sah von einem Generalangriff zur vollständigen Abschaffung der „affirmative action“ ab – zur maßlosen Enttäuschung der Glaubenskrieger in seiner republikanischen Partei, für die derlei Ererbschaften aus den sechziger Jahren Teufelszeug sind.

Um das Vorgehen des Präsidenten auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, ließen Bushs Berater im Weißen Haus verbreiten, der Präsident habe Powell und Rice vor seiner Entscheidung zu Rate gezogen – und damit seien sie, so die unterschwellige Behauptung, auch für das Ergebnis verantwortlich.

Der Außenminister stellte diesmal mit ätzender Deutlichkeit klar, dass er „ein starker Befürworter“ der „affirmative action“ sei: „Ich wünschte mir, alles wäre schon rassenneutral in diesem Land, aber ich befürchte, so weit sind wir noch keineswegs.“

Die Sicherheitsberaterin ließ ebenso unzweideutig wissen, dass sie, anders als der Präsident, die Regelung an der University of Michigan für legal hält: „Rasse kann als

ein Faktor unter anderen angemessen sein, um eine wirklich repräsentative Studentenschaft zusammenzusetzen.“

Die sperrige, unübersetzbare Wortschöpfung „affirmative action“ stammt von Präsident John F. Kennedy, der 1961 per Erlass die Anstellung von unterrepräsentierten Minderheiten und Frauen anordnete. Später wurden diese Forderungen auch auf Schulen und Universitäten übertragen.

Aus den erkämpften Rechten entstanden Gesetze, die in der Theorie auch für andere Minderheiten wie Latinos und Indianer galten. Doch die schwarzen Bürgerrechtler betrachten „affirmative action“ heute als ihre Errungenschaft und als einen unverzichtbaren Besitzstand. Die Regierung Bush will aus ihrer Sicht das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Die Universitäten ziehen die Rasse ihrer Studenten unterschiedlich in Betracht. Die einen geben Zusatzpunkte, die anderen führen die Hautfarbe nur als ein Kriterium unter vielen auf: neben Testnoten, Familienhintergrund, besonderen Fähigkeiten und außeruniversitärem Engagement.

Im Alltag der Hochschulen geht es heute allerdings um die Frage der Fairness bei der Behandlung von Schwarz und Weiß. Dabei stellen mittlerweile auch einige schwarze Kritiker die „affirmative action“ als „umgekehrten Rassismus“ in Frage. Zu gerichtlichen Auseinandersetzungen wie jetzt in Michigan kommt es regelmäßig, weil begabte weiße Schüler dagegen kla-



PAUL SAKUMA / AP

Sicherheitsberaterin Rice
Dissens mit dem Chef

gen, dass ihnen schwarze Konkurrenten mit schlechteren Noten aus Gründen der Hautfarbe vorgezogen werden.

Für den amerikanischen Präsidenten ist der Kulturkampf um die „affirmative action“ nicht nur deshalb unerfreulich, weil zwei seiner wichtigsten Berater ihm widersprochen haben. Um sich die Wiederwahl 2004 zu sichern, braucht er auch von Schwarzen mehr Stimmen als im Jahr 2000. Die jedoch bevorzugten traditionell in übergroßer Zahl den demokratischen Kandidaten.

Am Martin-Luther-King-Tag, dem nationalen Gedenken an den schwarzen Bürgerrechtsführer, ging George W. Bush zum Beten vorsorglich in eine Kirche der Schwarzen.

GERHARD SPÖRL